



Sie sprachen über die Zukunft des städtischen Kinderhortes (von links): Hortleiterin Edith Becker, die Landtagsabgeordneten Eva Goldbach und Kurt Wiegel, Bürgermeister Rainer-Hans Vollmüller, Erwin Fauß und Michaela Caspar-Merle von der Stadt sowie Elternbeirats- und Fördervereins-Vorsitzende Ute Kirst. Foto: Kempf

# Kooperation, damit pädagogische Arbeit nicht „kaputt gemacht“ wird

**KINDERHORT** Landtagsabgeordnete informierten sich vor Ort / „Landesmittel für Betreuung“

**LAUTERBACH** (cke). Den seit 1990 bestehenden städtischen Kinderhort zu erhalten, ist politischer Wille aller in der Lauterbacher Stadtverordnetenversammlung vertretenen Fraktionen. Dennoch: Seit Lauterbach unter den Schutzschirm des Landes geschlüpft ist, stehen alle freiwilligen Leistungen der Stadt auf dem Prüfstand, zumal das Haushaltsdefizit allein im kommenden Jahr um zwei Millionen Euro „über dem Plan“ liegt. Rund 230 000 Euro schießt die Stadt der Einrichtung zu, in der hochgerechnet mit vier Vollzeitstellen die Betreuung von zurzeit 61 Kindern gewährleistet wird. Und die Rahmenbedingungen für den Hort werden nicht besser. Der Stadt sitzt die Kommunalaufsicht im Nacken, die weitere Einsparungen fordert. Zudem könnte die geplante Landesgesetzgebung bezüglich der pädagogischen Mittagsbetreuung in letzter Konsequenz die hochwertige pädagogische Arbeit, die hier geleistet wird, kaputt machen. So drastisch formulierte es gestern Kreisstadt-Bürgermeister Rainer-Hans Vollmüller bei einem Ortstermin in der Einrichtung. Eingeladen waren auf Initiative des Fördervereins und des Elternbeirates des Hortes die beiden künftig in einer schwarz-grünen Koalition in Wiesbaden „regierenden“ Vogelsberger Landtagsabgeordneten Kurt Wiegel (CDU) und Eva Goldbach (Grüne). Ein wichtiges Anliegen sei es, die Bedeutung des Hortes herauszustellen, betonte Ute Kirst als Vorsitzende von Elternbeirat und Förderverein, die den „emotionalen Part“ im Vortrag übernahm. Fachlich wurde sie unterstützt vom städtischen Fachbereichsleiter Erwin Fauß und Sachgebietsleiterin Michaela Caspar-Merle.

„Wir haben die Sorge, dass diese großartige Einrichtung unter dem Schutzschirm irgendwann weggespart wird“, sagte Kirst und betonte die wichtige Investition in die Zukunft der Kinder und der Stadt. Zwölf Nationen seien hier vertreten, hier werde somit auch eine integrative Arbeit geleistet, die eine tägliche Herausforderung sei: 32 Alleinerziehende nutzten das Hortangebot für ihre Kin-

der, 31 Eltern erhielten eine Förderung vom Kreis. Auch Letztere werden laut Erwin Fauß ab 1. Januar 2014 schlechtergestellt sein, da sie künftig keinen Essenszuschuss mehr aus dem Bildungs- und Teilhabepaket des Bundes bekommen. Das Essen kostet zurzeit 2,70 Euro pro Kind und Tag, bisher zahlten die Eltern einen Euro, den Rest übernahm die Kommunale Vermittlungsagentur (KVA) für sie. Ab Januar müssen diese Eltern den kompletten Betrag von 2,70 Euro zahlen. Weiterhin in den Genuss des Zuschusses kommen im Gegensatz zu ihnen aber jene Eltern, deren Kinder im Rahmen der pädagogischen Mittagsbetreuung in der Schule essen. Dass dieser Betrag für einige der betroffenen Horteltern zu hoch sein wird, weiß Hortleiterin Edith Becker: „Zwei Kinder wurden deshalb bereits abgemeldet.“

Damit sich die beiden Landtagsabgeordneten ein Bild von der Einrichtung machen konnten, schilderte ihnen Edith Becker den Tagesablauf im Hort und informierte über die pädagogische Arbeit mit den Kindern, zu denen auch zwei Inklusionskinder gehörten, die aber, da für den Hort keine zusätzliche Betreuungszeit vorgesehen sei, „als Regelkinder mitliefen“. Betreut würden zurzeit 61 Kinder von der ersten bis zur sechsten Klasse in der Zeit von 11 bis 17 Uhr und während der Ferien von 8 bis 16 Uhr. Gut arbeite man mit der Grundschule zusammen, die Angebote von Mittagsbetreuung und die viel weiter gespannte pädagogische Arbeit im Hort konkurrierten nicht miteinander, sondern deckten unterschiedliche Bedürfnisse ab.

Sehr offen beklagte der Lauterbacher Rathauschef, dass die Stadt für ihre „freiwillige Leistung Hort“, die in hohem Maße der Volkswirtschaft und hinsichtlich der Präventionsarbeit auch der Vermeidung von Folgekosten im sozialen Bereich diene, durch die sich „abzeichnende Gefechtslage“ in Wiesbaden noch bestraft werde. „Wir halten noch immer die Hand über den Hort“, sagte er, Versuche in der Vergangenheit, den Kreis als Schulträger mit ins Boot zu holen, seien

gescheitert, erinnerte er. Doch neue Lösungen der Trägerschaft oder der Kooperation seien jetzt nötiger denn je. Wenn das Betreuungsmodell, wie in den jetzigen Koalitionsverhandlungen vorgesehen, die schulische Betreuung bis 14.30 Uhr festschreibe und für den Rest bis 17 Uhr die Kreise oder Kommunen zuständig seien, dann könne die pädagogische Arbeit im Hort in der jetzigen Form nicht mehr aufrechterhalten werden. Der Lauterbacher Hort genieße wegen seines „hohen Alters“ in einer Übergangszeit noch bis zum 1. September 2015 Bestandsschutz und bekomme bis dahin einen jährlichen Landeszuschuss von 12 500 Euro, der danach weg falle. Die Stadt betreibe seit Jahren erfolgreich den Hort, ihr sollten Landesmittel für die Betreuung der Kinder zukommen, forderte Vollmüller und Erwin Fauß plädierte dafür, dass die Politik durch einen gewissen Druck dafür sorgen könne, dass bestehende, erfolgreich arbeitende Einrichtungen in der Landeskonzeption eine gewichtige Berücksichtigung finden könnten. Da sei der Gesetzgeber gefordert.

Vermutlich werde das Land kein Geld für die Betreuung zwischen 14.30 und 17 Uhr an die Kommunen zahlen, zeigte sich Eva Goldbach realistisch, regte aber eine engere Zusammenarbeit mit der Schule und die gemeinsame Suche nach einer Lösung an. Hort und Schule existierten nebeneinander, es gelte Bindeglieder zu finden, über neue Wege der Zusammenarbeit zu sprechen und die Einrichtungen zusammenzubringen.

Kurt Wiegel regte an, dass ein Pilotprojekt gestartet werden könne, bei dem bestehende Betreuungseinrichtungen im Konzept des Landes berücksichtigt werden. Beide Abgeordneten sprachen sich auch für einen flexiblen Einsatz von Landesmitteln bei einem Kooperationsprojekt aus. Sie versprachen auch, das Thema in ihre Fraktionen „zu tragen“. Angeregt wurde auch eine Gesprächsrunde, an der Vertreter von Schule, Stadt, Kreis und auch Landespolitik teilnehmen sollen.